

Geschichte, in der die maßgeblichen Entgrenzungen und Transformationen für eine universale Expansion des Christentums vollzogen wurden, besteht immer ein besonderes Interesse der theologischen Rückfrage.

*HK:* Wie soll dann überhaupt das Verhältnis von Gegenwartsinteresse und historischer Rückfrage aussehen?

*Brox:* Es geht nicht an, daß von den Gegenwartsinteressen irgendeiner Seite her die Geschichte schon durch Lenkung ihrer Erforschung manipuliert wird, daß man also wieder auswählt, oder daß man das Historische so darstellt, wie es einem paßt, und andere Perspektiven nicht einbezieht. Gerade die Erforschung der alten Kirchengeschichte muß ihre erste Sorgfalt auf genaue historische Arbeit verwenden, bei der möglichst „nichts ausgelassen“ wird. Natürlich und unvermeidlich gibt es die (auch produktive, heuristische) Interessenorientiertheit sowohl von der Kirche her wie beim einzelnen Forscher; keinesfalls darf sich die Kirchengeschichtsforschung aber eilfertig aktuellen Interessen andienen.

*HK:* Wo liegt dann aber das besondere verpflichtende Potential gerade der „Väter“ der Alten Kirche, wenn man nicht mehr einfach unkritisch auf sie zurückgehen und die Kontinuität fortschreiben, sie aber auch nicht einfach als notwendigen, aber in der Gegenwart scheinbar übergeharen Schritt in der Entwicklung zur Seite schieben kann?

*Brox:* Das ist eine sehr anspruchsvolle Frage. Sie zielt letztlich auch auf das Interesse eines einzelnen Theologen, der sich mit der Alten Kirchengeschichte beschäftigt. So wird eine Antwort notwendigerweise perspektivisch ausfallen. Man hat früher die Qualitäten eines Kirchenvaters traditionell dogmatisch festgelegt; man hat sie in neuerer Zeit etwas anders zu umschreiben versucht, wobei ein Element, über das wir hier auch gesprochen haben, eine besondere Rolle spielt, daß nämlich die Väter als erste eine rationale Verantwortung des Glaubens praktiziert haben. Ich für meinen Teil würde etwas global hervorheben, daß ich aus dem Studium der Alten Kirche und der

Theologie der Kirchenväter einen ganz maßgeblichen Teil des bisherigen historischen Weges des Christentums kennenlerne und damit doch wohl zu Aussage, „Sache“ oder „Wesen“ des Christentums in einer für spätere Epochen wieder maßgebenden Version vorstoße. Das verpflichtende Potential der Kirchenväter bzw. der Frühgeschichte der Kirche reicht so weit, wie aus Theologie und Praxis dieser Epoche das Wesentliche und Mögliche des Christseins deutlich wird. Über einiges davon haben wir gesprochen.

*HK:* Dieses Jahr wird die 1600-Jahr-Feier des ersten Konzils von Konstantinopel begangen mit Erklärungen zur gegenwärtigen Gültigkeit und Bedeutung der altkirchlichen Bekenntnisse. Wie sollte man gerade im Blick auf dieses Jubiläum die altkirchlichen Bekenntnisse, die ja seit Nicaea schon diese Spannung von biblisch-ursprünglicher Identität und griechischem Denken in sich tragen, rezipieren und mit ihnen heute umgehen?

*Brox:* Es gibt inzwischen zahlreiche Vorschläge für Kurzformeln des Glaubens. Ich sehe keinen Sinn, sondern vielmehr einen Verlust darin, mit ihnen die alten Glaubensformeln vergessen zu wollen. Ich sehe aber gleichzeitig, daß die Interpretation der alten Formeln in der Kirche mindestens so prekär ist wie die Interpretation der Bibel und auch qualitativ ähnliche und ähnlich große Aufgaben zu leisten hätte wie die Bibelauslegung. Vielleicht ist sie sogar noch schwieriger, weil die Bekenntnisse eben aus Reflexionen kommen und Begriffe verwenden, die dem Zeitgenossen, der nicht mit der Kirchengeschichte vertraut ist, fremd sind und durch ihre (wenn auch historisch entfernte) Diktion suggerieren, als begriffliche Sprache in ihrer Rede von Gott exakt deskriptiv zu sein, womit sie in die Irre führen würden. Es geht also vor allem um Sorgfalt bei der Interpretation statt eines routinemäßigen und gedankenlosen Wiedergebrauchs. Die liturgische Rezitation dieser Credo-Formeln reicht, wenn sie Zentralformeln des Christentums sein sollen, nicht aus.

## Dokumentation

# Alternativkultur in der Bundesrepublik

## Ein Bericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit

*Im April legte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit einen Bericht „zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik“ vor. Trotz der teils distanzlosen und unkritischen Wertungen, die der Text enthält, gehört der Bericht doch zum Informativsten, was in der Bundesrepublik bisher zur Alternativszene veröffentlicht worden ist. Deswegen dokumentieren wir den Bericht im Wortlaut.*

### I. Vorbemerkung

Die alternative Szene oder Kultur ist in den letzten Monaten insbesondere durch die Hausbesetzungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele ju-

gendpolitische Probleme keinen oder nur wenig Bezug zur alternativen Kultur haben – auch wenn sie weit verstanden wird.

Jugendprobleme lassen sich darstellen als Probleme des Einstiegs und der Integration in die Gesellschaft. Dabei spielen neben anderen Bereichen die beruflichen Perspektiven eine besonders wichtige Rolle. Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit z. B. wirken sich nicht nur direkt auf die betroffenen arbeitslosen Jugendlichen aus, sondern indirekt fördern sie ein Bewußtsein der Überflüssigkeit, nicht gebraucht zu sein. Probleme des Einstiegs in die Gesellschaft haben junge Menschen, die nicht einsteigen können, und junge Menschen, die (so) nicht einsteigen wollen. Der Jugendliche sieht sich vor die Aufgabe gestellt, einen für ihn angemessenen Platz in der Gesellschaft einzunehmen und auszufüllen. Wenn er nun diese Gesellschaft gekennzeichnet sieht von Problemen wie Umweltbelastung, Rüstungswettlauf, Zwang zum Wachstum, Ungerechtigkeit in Beziehung zur Dritten Welt, mangelnde Lebensqualität, Schwierigkeiten miteinander menschlich umzugehen, er sie, von Sachzwängen diktiert, unveränderbar einschätzt, und dies zusammengeht mit einem alltäglichen Lebensgefühl, nicht gebraucht zu werden, in entleerten Zwangsstrukturen funktionieren zu müssen, so nimmt die Bereitschaft ab, sich auf diese Gesellschaft einzulassen. Fragen der beruflichen Perspektive wirken verstärkend bzw. werden unter diesen Vorzeichen ebenfalls sehr belastend wahrgenommen.

In der Diskussion um „die Alternativen“ stellt sich zunächst das auch sprachliche Problem der Abgrenzung: wer und was ist alles alternativ? Dabei sollte unterschieden werden:

- die alternative Bewegung, in der verschiedene soziale, politische und weltanschauliche Strömungen eine Rolle spielen; es werden Probleme thematisiert, von denen sich ein großer Teil der jüngeren Generation betroffen sieht;
- die Alternativszene im engeren Sinne als von der übrigen Gesellschaft relativ abgeschlossenes weitgehend autarkes Milieu;
- Alternativprojekte, praktisch reformistische Erprobung von Utopien. Menschen unterschiedlichster Positionen arbeiten in Alternativprojekten zusammen.
- Alternativmentalität, weitgespannte Vorstellungen eines neuen Lebensstils, neuer Lebensqualität, von Selbstverwirklichung. Elemente davon finden sich im Bewußtsein breiter, vornehmlich jüngerer und „besser gebildeter“ Bevölkerungskreise.

## II. Zum Erscheinungsbild der alternativen Bewegung

Bei der alternativen Bewegung handelt es sich um eine Gruppe, die bei aller Heterogenität getragen ist von einem Selbstverständnis als neue Bewegung, die sich Freiräume erkämpft hat und aus dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit selbstbewußt ihren Lebensraum gestalten will.

Wenn sie auch als eine Bewegung angesprochen wird, so sind es doch sehr verschiedene soziale, politische und weltanschauliche Strömungen, die die Dynamik der Alternativbewegung ausmachen. Es gibt gemeinsame Aktionen, Treffpunkte, gemeinsame Presse, aber auch viel Abgrenzungen, inhaltliche Auseinandersetzung untereinander, in vielen Gruppen auch fließende Grenzen zu etablierten gesellschaftlichen Einrichtungen.

Ausgehend von der eigenen Betroffenheit von unterschiedlichen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, Fehlentwicklungen und Mängeln (nicht einer theoretischen Analyse oder Konzeption!), erfolgt häufig als erster Schritt der Zusammenschluß mit anderen, die unter gleichen Problemen leiden, und danach die mehr oder weniger deutliche inhaltliche Bestimmung dieser Kritik. Gemeinsam werden alternative Entwürfe gelebt, eine neue Praxis

entwickelt, die dann in vielen Gruppen auch politisch artikuliert und in Handlungsweisen umgesetzt wird.

Anhand dieser beiden Entwicklungsstränge, inhaltlich bestimmte Opposition gegenüber Mängeln der Mehrheitsgesellschaft, die auch in politischen Zusammenhängen geäußert wird, und Selbstbefreiung, neuer Lebensstil, sollen die Initiativen im folgenden dargestellt werden, die der alternativen Bewegung zuzurechnen sind.

Ausgehend von der Diskussion um die Grenzen des Wachstums, die Ausbeutung der natürlichen Lebenswelt des Menschen und den inzwischen manifest gewordenen Auswirkungen dieser Grenzen, hat die *Ökologiebewegung* ein ökologisches Gesamtkonzept entwickelt mit dem Ziel, die Wohn-, Lebens-, und Arbeitswelt für diese künftigen Generationen menschlicher zu gestalten. Charakteristisch für die Bewegung ist, daß politische Aktivitäten und Aktionen verbunden sind mit einer Unzahl praktischer Versuche, neue Lebens- und Arbeitsformen zu finden. Grundlage der Bewegung ist die kritisch-emotionale Abwendung vom System der Großtechnologien, das geprägt erscheint von Technokratie, Diktatur der Sachzwänge, der Verselbständigung der Wirtschaft von den menschlichen Bedürfnissen, sinnlosem Wachstum, Zentralisierung, Gigantomie, Verschleiß, Raubbau und Umweltzerstörung. Die Gegenentwürfe der Ökologiebewegung zielen auf System- und Selbstbegrenzung, planvolle Auflösung von Wachstumszwängen, organische Reintegration der Produktion in die Naturumwelt, wirtschaftliche Entflechtung, Dezentralisierung der Produktion, Entwicklung von Mittel- und Kleintechnologien, Abbau politisch-ökonomischer Machtzusammenballungen, auf Verselbständigung kleiner Einheiten, auf Sparsamkeit sowie Wieder- und Weiterverwendung von Material und Produkten.

In eine ähnliche Richtung argumentieren lokale oder auch überregionale Bürgerinitiativen, die gegen einzelne technisch-bauliche Vorhaben sich wehren. Einige von ihnen sind Ende der 60er Jahre vielfach als Wählerinitiativen für die SPD entstanden und mittlerweile zumeist Träger von außerparlamentarischen Aktivitäten im „Umweltschutzbereich“. Ihre Ziele: Erhaltung von überkommenen natürlichen, sozialen und gesellschaftlichen Strukturen gegen bürokratisch-technologische Veränderungen. Sie werden von unterschiedlichen politischen Seiten häufig auch als Instrument zur Durchsetzung auch höchst partikularer, zumindest privater Interessen benutzt.

Gegen die (vermeintliche) Einschränkung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten haben sich *Bürgerrechtsbewegungen* gebildet, in denen Menschen aller Altersstufen und verschiedener Weltanschauungen sich für den Erhalt und die volle Verwirklichung dieser Rechte einsetzen, einige Beispiele: Initiativen gegen Berufsverbote, Humanistische Union, Terre des Hommes, Amnesty International, Drittes Russell-Tribunal, Vereinigung: Bürger beobachtet Polizei, Berlin. Die Initiativen meinen, eine Entwicklung vom Welfare-Staat zum „Warfare-Staat“, vom Sozialstaat zum Sozialpolizeistaat zu erkennen und ihr widerstehen zu müssen.

In *Friedensbewegung* und *Dritte-Welt-Initiativen* findet sich in Nachfolge der Ostermarschbewegung ein breites Spektrum von der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer über Solidaritätskampagnen mit den Unterdrückten in der Dritten Welt bis hin zur Kritik an Kultur- und Wirtschafts imperialismus gegenüber der Dritten Welt. Diese Bewegung ist stark in der evangelischen Kirche verankert, findet breiten Rückhalt in Jugendverbänden (und in) Studentengemeinden beider Konfessionen. – Ihre wichtigsten Grundsätze, Gewaltfreiheit und ziviler Ungehorsam, haben die anderen Zweige der Alternativbewegung beeinflusst.

Die *undogmatische „Neue Linke“* hat sich aus der Studentenbewegung und der APO entwickelt, ist am ehesten als deren Nachfolger anzusehen. Dies nicht nur, weil es eine Kontinuität maßgeblicher Personen gibt, sondern weil sie nach wie vor im universitären, intellektuellen Milieu am stärksten vertreten ist. Das politische Spektrum reicht von Anhängern eines undogmatischen „wissenschaftlichen Sozialismus“ über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichsten Konzeptionen bis hin zu Marxisten. Sie sind kaum organisiert, lehnen den dogmatischen Marxismus-Leninismus ab, treten ein für Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation „Unterdrückter“, wollen vor allem an der Basis arbeiten. Ihr Verhältnis zur Gesellschaft bestimmt nach wie vor die Kritik des Kapitalismus, aber nicht, um in Verhältnisse des realen Sozialismus zu geraten, sondern um in der Tradition der historisch verzerrten Ursprünge des Sozialismus einen liberalen Selbstverwaltungssozialismus zu gewinnen. Im Dienste dieses Zieles haben sie als Gegengewicht zur orthodoxen marxistischen Dogmatik die Theorie des Anarchismus (Bakunin, Proudhon, Kropotkin, Landauer, Mühsam) wieder entdeckt. Auch von der Emanzipations- und Psychobewegung geprägt (Freud, Reich, Marcuse), entwickeln sie einen politischen Stil, der das lustvoll-witzige betont, die eigenen Bedürfnisse im Hier und Jetzt verwirklichen will. „Wir wollen alles.“ „Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben.“

Im Stil ähnlich, aber in den Inhalten teilweise verschieden sind die zahlreichen *Spontigruppen*, die sich auch vorwiegend im universitären Bereich anhand konkreter Problemsituationen zusammenschließen und nach Abschluß gemeinsamer Aktionen wieder auflösen.

An der *Frauenbewegung* wird besonders deutlich, wie sich das Bemühen um die Befreiung von überkommenen Strukturen in der eigenen Lebensweise mit politischer Aktion und Durchsetzung verbindet und gegenseitig beeinflusst. Sie ist eine politisch besonders wirkungsvolle Strömung der siebziger Jahre mit einem starken Äquivalent in der offiziellen Politik. Eine Vielzahl autonomer Frauenprojekte reicht in die alternative Szene hinein. Sie zielt auf eine Überwindung der überkommenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, auf gleiche Rechte, Freiheiten und Verantwortlichkeiten für Männer und Frauen sowohl im Bereich der unbezahlten gemeinsamen Haus- und Eigenarbeit als auch im Bereich der beruflichen Erwerbstätigkeit.

Die Idee der *Jugendzentrumsbewegung* haben vor allen Dingen die Prinzipien der Selbstverantwortung, der Selbstorganisation, der direkten Demokratie und der Basisorganisation in die alternative Szene eingebracht. Jugendliche wollen mit selbstverwalteten Jugendzentren einen nichtkommerziell durchstrukturierten, nicht von Profis der Jugendhilfe durchpädagogisierten Freiraum, in dem sie ihre Freiheit selbst gestalten.

Grundlage ist auch die Annahme, daß das herrschende gesellschaftliche System, die sogenannte „Megamaschine“, die sozialen Gruppen entmische und die subjektiven Erwartungen ganzer Bevölkerungsgruppen wie Schüler, Studenten oder auch Rentner gegenüber den Produzierenden vernachlässige und sie in Randgruppenpositionen abdränge. Jugend werde zum Sozialfall gemacht!

Vorrangig um ein neues Bewußtsein, neuen Lebensstil, die Selbstverwirklichung geht es bei den folgenden Strömungen, die selbst kaum politische Aktionsformen entwickeln, sich mit den o. g. Bewegungen wohl an manchen Punkten solidarisieren.

*Alternative Lebensstile* haben sich in der Bundesrepublik eher individuell entwickelt, doch lassen sich eine Reihe gemeinsamer Züge ausmachen: Die Abwendung von einer Welt, die sich um Sachen und um das Besitzen von Sachen dreht, hin zu einer Welt,

die sich mehr um Menschen und ihr Sein dreht (Erich Fromm). Dazu gehört auch die Absicht, durch Selbstvertrauen und Eigenarbeit Abhängigkeiten (von der „Megamaschine“) zu verringern, der Wunsch, in alten und neuen Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens der sozialen Isolation entgegenzuwirken. Kurz: Die Idee, mit weniger besser zu leben. Dieser Wunsch verbindet sich mit dem Verlangen nach einer menschlich befriedigenden Arbeitssituation, deren Frustrationen nicht durch übersteigerten Konsum kompensiert zu werden brauchen. Derartig begründete alternative Lebensweisen der selbstgewählten Einfachheit können in Deutschland z. B. auf die Tradition der „Lebensreformbewegung“ der Jahrhundertwende („Reformhäuser“) zurückgreifen.

Um eine radikalere Form alternativer Lebensweise handelt es sich bei der *Landkommunenbewegung*, in deren Begründung das Stadt-Land-Verhältnis als ein „Ausbeutungsverhältnis“ mit einfließt, bis hin zur Behauptung eines „inneren Kolonialismus“, der die ländliche Region zur abhängigen Peripherie der städtischen Metropolen „herabwürdigt“. Landschaftliche Kulturformen und -inhalte werden wiederentdeckt und zu bewahren gesucht. Die Überlieferung des Dialektes wird zur Überlieferung von aufs neue als wertvoll angesehenen Deutungsmustern der Umwelt.

In Gegenbewegung zur Automatisierung und Funktionalisierung des Einzelnen ist aus dem Bedürfnis nach ganzheitlichem Erleben, neuer Sinnlichkeit, Selbsterfahrung eine neue „*Psychokultur*“ entstanden mit eigenen Umgangsformen, Sprache und Gebärden. Selbstdarstellung und Ausdrucksfähigkeit sind neue Werte. Diese Form der alternativen Bewegung befindet sich im scharfen Gegensatz zu den lustfeindlichen, asketischen und dogmatischen Ideologien der K-Gruppen. Hinzu kommt seit Beginn der siebziger Jahre ein regelrechter Boom von mehr oder weniger qualifizierten Psychoangeboten, ein breiter grauer Markt, der neben den wenigen qualifizierten Möglichkeiten der Psychotherapie das Bedürfnis nach Hilfe in psychischen Krisen und nach ganzheitlichem Erleben aufgegriffen hat.

Eine ähnliche Motivation liegt dem neuen Spiritualismus und dem Bereich neuer religiöser Gemeinschaften zu Grunde. In verschiedenen Meditationsformen, Yoga, vegetarischer Ernährung, Askese u. ä. werden neue religiöse Ausdrucksformen und Erfahrungen gesucht. Spiritualismus und die „neue Innerlichkeit“ waren anfangs sehr stark mit der Landkommunenbewegung verbunden, finden sich aber neuerdings auch in der städtischen Szene. In diesem Zusammenhang ist auch die Neuentdeckung Hermann Hesses und die der Philosophie Rudolf Steiners zu nennen. Alte Mythen und Kulte werden ausgegraben, insbesondere aus der Indianerkultur, vereinzelt treiben Okkultismus und Mystizismus seltsame Blüten. Die eher totalitären Organisationen einiger neuer Jugendreligionen wie der Vereinigungskirche und der Scientology-Church liegen allerdings außerhalb des Rahmens alternativer Ideen und Lebensvorstellungen. Auch die „*Homosexuellenbewegung*“ hat im Rahmen der Alternativbewegung ein Netz eigener Projekte verwirklicht. Die Enttabuisierung der Homosexualität zwischen Männern ist relativ weit entwickelt. Homosexualität zwischen Frauen tritt außerhalb der Frauenbewegung kaum in Erscheinung.

Die große Mobilisierungskraft dieser Bewegung ist maßgeblich darauf zurückzuführen, daß sich die politischen Aktionen auf Themenbereiche beziehen, von denen sich ein großer Teil der jüngeren Generation betroffen sieht. Die von der klassischen Arbeiterbewegung thematisierte Eigentumsfrage scheint demgegenüber heute weniger zentral zu den subjektiv erfahrbaren Widersprüchen zu gehören. Ein Teil dieser neuen Bewegung hat allerdings, ausgehend von einem bestimmten Anliegen, in ihrer Arbeit

gesamgesellschaftliche Zielsetzungen entwickelt und z. T. demokratisch-sozialistische Konzepte in die Diskussion eingebracht. Der Begriff einer sozialen Bewegung wird hier verwandt, da sowohl ein WIR-Gefühl aus einer Reihe gemeinsamer Grundvorstellungen heraus besteht als auch ein relativ kontinuierliches Handeln festzustellen ist. Daneben sind manche Alternativbewegungen auch mit einer Repolitisierungstendenz verbunden. Man findet überwiegend ein starkes Selbstbewußtsein aus dem Erfolg und Anwachsen der Bewegung heraus. Die politischen Einstellungen und Interessen von aktiven Trägern der Alternativbewegung sind ansonsten durch eine starke Heterogenität gekennzeichnet: Das Spektrum reicht von anti-parlamentarischen Auffassungen bis hin zu radikal-demokratischen und linkssozialdemokratischen.

Vereinzelte finden sich in der Diskussion um die Alternative Kultur Vorstellungen von einer Alternativszene im engeren Sinne, für die die relative Abgeschlossenheit des gesamten Lebensmilieus von der übrigen Gesellschaft kennzeichnend sei, wobei alle wesentlichen menschlichen Bedürfnisse (Produktion, soziale Absicherung, Information, Kommunikation) innerhalb eines solchen integralen Lebenszusammenhangs befriedigt werden könnten.

Sicherlich will eine Reihe der Jugendlichen der Szene sich von den gesellschaftlichen Zwängen abheben, um in der „Autonomie“ angesichts der als übermächtig empfundenen Entfremdungserscheinungen in der „ersten Kultur“ das Überleben zu organisieren. Es gibt auch Entwicklungsstränge innerhalb der Szene, die dies radikal durchführen wollen, jeden Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft verweigern oder ironisieren (besonders in der Zürcher Bewegung). In den Projekten und Initiativen der Szene ergeben sich jedoch vielfache Berührungspunkte mit der Mehrheitsgesellschaft, viele von ihnen streben auch bewußt eine gesamt-gesellschaftliche Ausstrahlung an.

### III. Alternative Projekte

Gerade in den alternativen Projekten werden die Entwürfe der Bewegung, ihre Chancen, aber auch ihre Grenzen konkret. Eine Reihe der Projekte arbeitet mit wenig Mitteln, viel Phantasie, kaum Verwaltung, sehr wirkungsvoll. In ihnen machen junge Leute oft zum ersten Mal die Erfahrung, eigenhändig etwas aufzubauen, haben das Erleben relativ selbstbestimmter Arbeit. Im Bereich Gesundheit und psychosoziale Dienste erreichen die Ansätze, gerade weil sie engagiert und nahe an der Lebenswelt ihrer Klienten arbeiten, oft eine hohe Treffsicherheit.

Im „Stattbuch 2 Berlin 1980“ werden für die Bundesrepublik und Berlin zwischen 11 000 und 12 000 alternative Projekte mit ca. 80 000 „Aktivisten“ angegeben; dabei dürfte Alternativkultur eher weit verstanden sein.

Die nachstehende Übersicht über die inhaltliche Ausrichtung der Projekte ist der Veröffentlichung „Wer soll das alles ändern?“ von Joseph Huber, Berlin, Rotbuch 1980 entnommen. Die Einschätzung der Ökonomie der Projekte orientiert sich ebenfalls an seiner Darstellung.

In der Gesamtgesellschaft können etwa 5–10% aller Arbeitsplätze den Bereichen Bewußtsein und Willensbildung zugerechnet werden. Bei Alternativprojekten sind es nach der Schätzung Josef Hubers jedoch etwa 60%, „denn man muß sehen, daß ja in alternativen Buchläden, Kinos, Galerien, Theaterstücken, Schulen, Kinderläden oder Therapiegruppen in erster Linie politische Inhalte, d.h. gesellschafts- und lebensverändernde Ansprüche transportiert werden“.

Weit verbreitet ist auch die Vorstellung – vor allem in der alterna-

„Produktion“ 12%	„Handarbeit“ (Hardware Labour) 29%	Landwirtsch. Produktion 4%	4% Landbau, Gartenbau, Tierhaltung		
		Verarbeiten- des Gewerbe 8%	1% Druckereien, Setzereien		
			5% Produktions- und Reparaturhandwerk (z. B. Bäcker, Tischler, Bodenleger, Färber, Wollspinner)		
			0,5% Alternativtechnologische Betriebe (Fahrräder, Altwarenverwertung, Kraftbeizung)		
		1,5% Kunsthandwerk			
		Dienstleistung 70%	„Kopfarbeit“ (Software Labour) 71%	Zirkulation 9%	1,5% Verkehr (Taxi-, Entrümpelungskollektive, Umzüge, Wegereinigung) 4,5% Handel (Lebensmittelläden, Koops, Trödel, Reiselläden, Kioske) 3% Buchläden (einschl. Buchauslieferungen, -versand, -vertrieb)
				Freizeit- Infrastruktur 9%	4% Kneipen, Cafés, Restaurants 4% Tagungs- und Ferienhäuser, Kommunikationszentren
					1% Kinos, Galerien
				Information, Öffentlich- keitsarbeit 17%	3% Medien (z. B. Film, Video) 1% Graphik
					9% Zeitschriften u. a. Publikationen (einschl. Kalender, Tagungen, Kongresse) 4% Verlage
(Selbst-) Verw.dienste 5%	5% Koordinations- u. Organisationsprojekte (einschl. Beratung, Auskünfte, Verbände, Networking)				
Sozialberuf- liche Dienste 22%	7% Kinder (Kinderläden, Eltern-Kind-Gruppen, -Tagesstätten) 3% Schulen (einschl. Erwachsenenbildung, freie VHs, Unis)				
	1% Medizinische Gruppen (einschl. z. B. Physio- u. Atemtherapie) 11% Therapeutische, Sozialpädagogische u. Jugendsozialhilfeprojekte				
Politische Arbeit 18%	Politische Arbeit 18%			8% Kunst, Sport, Wissenschaft (Theater, Zirkus, Musik, Tanz, Aikido, Karate)	
				9% Bürgerinitiativen (einschl. Stadtteilprojekte, Community Development) 8% Bürgerkomitees (z. B. Berufsverbote-, Mieter-, Ausländerkomitees, Knastgruppen) 1% Parteiliche Gruppen (Grüne, Bunte, Wählerlisten, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen mit alternativem Selbstverständnis)	

tiven Szene selbst –, daß die Projekte, die irgendwelche Güter oder Dienstleistungen erbringen, eine „alternative Ökonomie“, einen „autonomen Wirtschaftsbereich“ oder gar eine „Gegenökonomie“ bilden. Damit verbunden trifft man auf die Auffassung, der Bereich der alternativen Projekte bilde schon den Einstieg in eine allgemeine ökonomische Systemveränderung. Diese „Eigenständigkeit und Autonomie“ beruht jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht auf einer *Fehleinschätzung*. Die Einnahmen der Projekte stammen bei nur knapp 40% der Projekte überwiegend aus eigenständig erwirtschafteten Erlösen. Davon stammt wiederum nur ein Teil aus Verkäufen auf dem offenen Markt, wie etwa bei Zeitungen, wiederaufgearbeiteten Möbeln oder Vollkornbroten. Der andere Teil der Erlöse stammt aus Dienstleistungen im sozialstaatlichen Rahmen, z. B. aus Zuschüssen nach dem Bundessozialhilfegesetz für Einrichtungen wie therapeutische Zentren oder Heime. „Die restlichen 60% der Projekte leben von vornherein in der Hauptsache von Subventionen. Von diesen 60% werden 30% überwiegend durch kirchliche und staatliche Subventionen finanziert, und die weiteren 30% überwiegend durch Eigensubvention, d. h. durch abgezweigte Privateinkommen, Solidaritätsspenden, Fördervereine, Solidaritätsfesten u. ä. Dabei sind indirekte Subventionen wie z. B. kostenlose Benutzung von Räumen und Grundstücken, Mieterlässe oder -nachlässe u. ä. noch nicht einmal berücksichtigt.“

Das Bild gewinnt noch krassere Konturen im Hinblick auf die *Personaleinkommen* der Leute in den Projekten. In der Hälfte der Projekte leben alle Mitglieder von Einkommen außerhalb des Projektes, von Ehepartnern, Eltern, Freunden und von Sozialleistungen wie BAFöG, Wohn-, Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Weitere 30% der Projekte zahlen nur einem Teil ihrer Mitglieder Einkommen, und das heißt, meistens einer oder zwei von insgesamt fünf oder sieben Personen. Nur bei 20% beziehen alle Teilnehmer ein Einkommen aus ihrem Projekt. Man kann also sagen, daß gegenwärtig ungefähr nur ein Viertel der Projektaktivisten auch wirtschaftlich von ihren Projekten lebt, und dies in der Regel mehr schlecht als recht, während drei Viertel ökonomisch aus sozialstaatlichen Mitteln versorgt werden“ (Huber, S. 44, 45).

Untersucht man das *ökonomische Bezugsfeld der Projekte*, so ergibt sich folgendes Bild: „60–65% (50–55% professionelle und duale Projekte, 10% Freizeitprojekte) arbeiten praktisch ausschließlich für ganz spezielle weltanschaulich geprägte Zielgruppen, für dieses oder jenes „Milieu“, werden von einer eng umrissenen

„Szene“ frequentiert. Die restlichen 30% sind Eigenarbeitsprojekte, die von vornherein für sich selbst arbeiten“ (Huber, S. 46). Jedoch zeigt sich z. B. in den biologischen Läden eine stärkere Öffnung zu einem breiten Publikum hin.

Vergütung und soziale Absicherung der Mitglieder eines Projektes werfen Probleme auf. Vergütungen liegen, wenn es sie überhaupt gibt, zwischen 500,- und 1000,- DM, nur selten zwischen 1000,- und 1500,- DM. Der Kapitalmangel wird durch Mehrarbeit und Konsumverzicht kompensiert. Steuer-, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge werden häufig nicht gezahlt. Ambivalent ist das *Verhältnis zu den Gewerkschaften*. Diesen steht die Alternativkultur in der allgemeinen politischen Einstellung eher nahe, jedoch mit den alle Teile des politischen Systems treffenden Vorbehalten. Die Gewerkschaften fürchten, daß von den gegenökonomischen Arbeitsplätzen aus eine Entwicklung einsetzen könnte, die die Bedeutung des Tarifrechts und des Arbeitsschutzes für die Arbeitnehmerschaft eher schwächen könnte, während eine Rezeption humanisierender Momente in die Arbeitsplätze der ersten Kultur bisher anscheinend weniger erwartet wird.

Der größere Teil der alternativen Projekte im sozialen und im Bildungsbereich erhalten *öffentliche Förderung* bisher nur in sehr bescheidenem Umfang, vergleichsweise noch am ehesten in Berlin. Gegen die Förderung gibt es erhebliche politische und administrative Widerstände. Für diese Projekte ist in der Regel ein weitreichendes gesellschaftliches Engagement für sozial Benachteiligte prägend. Diese Projekte beschäftigen sich mit Arbeitslosen, Ausländern, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen schlechthin, mit Behinderten, Drogenabhängigen, psychisch Kranken, alten Menschen, Trebegängern, Strafgefangenen, stark ist der Kinderladenbereich, bisher noch schwach der Bereich der alternativen Schulen. Die meisten Projekte sind stadtteilorientiert. Es gibt Anhaltspunkte, daß die alternative Orientierung oft individuelle Förderungsmöglichkeiten für sozial Benachteiligte erschließt, die tradierte Träger so nicht haben. Vorbehalte und Widerstände gegenüber einer öffentlichen Förderung („Staatsknete“) gibt es aber auch bei den meisten alternativen Projekten selbst. Diese gehen von der Befürchtung aus, die Mehrheitsgesellschaft könne alternative Projekte nur vereinbaren oder stigmatisieren, die Inanspruchnahme öffentlicher Förderung bedeute das Sicheinlassen auf die vorhandenen politischen Strukturen, und diese Förderung müsse zwangsläufig auch die Qualität und das Verständnis der alternativen Arbeit verändern. Dabei gibt es eine lebhaftige Diskussion um die Tätigkeit hauptamtlicher Fachkräfte, die teils heftig abgelehnt und teils für nötig gehalten wird.

Ein Teil der alternativen Projekte nimmt Förderungsmittel, auch Beratung und andere Hilfe in Anspruch, teilweise allerdings nur insgeheim, d. h. dies wird gegenüber der Szene verschleiert. Einzelne Projekte akzeptieren auch Zwischenformen z. B. ABM-Verträge für Mitarbeiter und ähnliches. In bestimmten politischen Situationen müssen auch die Befürworter einer begrenzten Zusammenarbeit mit dem Staat aus Gründen der Solidarität die Zusammenarbeit zeitweise einstellen, selbst wenn ihnen daraus erhebliche Nachteile erwachsen (z. B. verweigern sie plötzlich Verhandlungen über die Verlängerung eines Mietvertrages über ein von ihnen mühsam erkämpftes Haus bis zur Freilassung eines in Strafhaft oder Untersuchungshaft einsitzenden gewalttätigen Demonstrationsteilnehmer aus der Szene).

#### IV. Alternative Presse

Die *alternative Presse* hat sich in ihrer heutigen Erscheinungsform in der zweiten Hälfte der 70er Jahre herausgebildet. Es dominie-

ren Stadtzeitungen und Flugschriften von regionalen Initiativgruppen und Bewegungen. Alternative Medien erheben den Anspruch, die unterbliebenen Nachrichten zu veröffentlichen. Ihre Anfänge lassen sich bis in die APO-Szene zurückverfolgen. In den Jahren seit 1975 sind jedoch zahlreiche Zeitungsprojekte neu entstanden. Heute werden alternative Zeitungen längst nicht mehr nur von Insidern der Linken gemacht und gelesen. In ihnen kann jeder mitmachen. Die Trennung von Machern und Konsumenten soll entfallen; das Wort sollen nicht journalistische Profis haben, sondern die Betroffenen. Die Zielgruppen der Organe sind so unterschiedlich wie die Blätter selbst. So geben Frauen-, Mieter-, Kinderladen- oder Jugendgruppen eigene Zeitungen heraus, oder es wird nach dem sogenannten „Leserzeitungskonzept“ verfahren, wobei eigenständig arbeitende Gruppen gemeinsam eine Zeitung herausgeben.

Nach diesem Konzept verfahren die meisten der derzeit erscheinenden Stadtzeitungen. Einige kommen wöchentlich heraus, andere erscheinen alle 14 Tage oder monatlich. 1976 existierten etwa 100 derartige Publikationen in der Bundesrepublik. Vier Jahre später waren es 240 Zeitungen mit einer erheblich gestiegenen Auflage von rund 300 000 Exemplaren. Allein 1978 sind 41 neue Titel hinzugekommen, acht Blätter mußten eingestellt werden. Heute addiert sich die Gesamtauflage der regelmäßig erscheinenden alternativen Blätter monatlich auf mehr als 1,6 Millionen Exemplare.

Große alternative Zeitungen sind:

„Zitty“, Berlin	45 000 Exemplare;
„TAZ“, Berlin	30 000 Exemplare;
„Stadtrevue“, Köln	22 000 Exemplare;
„Blatt“, München	15 000 Exemplare;
„plärrer“, Nürnberg	10 000 Exemplare;
„Oxmox“, Hamburg	42 000 Exemplare;
die beiden großen alternativen Frauenzeitschriften:	
„Emma“	130 000 Exemplare;
„Courage“	70 000 Exemplare.

Der jüngst eingestellte Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) war für die alternative Presse eine wichtige Nachrichtenquelle. Die nach langen Diskussionen um Form und Inhalt heute bundesweit vertriebene Tageszeitung TAZ spielt für die alternativen Zeitungen die Rolle einer Presseagentur, der die überregionalen Themen entnommen werden. Allerdings muß angemerkt werden, daß über den Anzeigenmarkt die Kommerzialisierung sich ausweitet, so haben sich 1978 die 12 größten alternativen Stadtilustrierten, die ihre Auflage mit knapp 200 000 angeben, zur „Szene-Programm-Presse“ zusammengeschlossen, um mit dieser gemeinsamen Agentur auch lukrative Werbeanzeigen aufnehmen zu können. Andererseits sind gerade die preisgünstigen Kleinanzeigen das Medium, das viele Leser anspricht und die alltägliche Kommunikation in der Szene ermöglicht.

#### V. Alternative Listen

Die zu allgemeinen Wahlen auf den verschiedenen Ebenen parlamentarischer Interessenvertretung kandidierenden Alternativen Listen bzw. Parteien müssen von den alternativen Bewegungen unterschieden werden, da nur ein kleiner Teil der in den Bewegungen Engagierten in ihnen aktiv mitarbeitet. Die bisherigen Kandidaturen waren in den Alternativbewegungen, die sich überwiegend als eine außerparlamentarische Kraft verstehen, durchweg umstritten. Dies wurde noch dadurch verstärkt, daß in diesen Parteien die Positionen professioneller Parteigründer von links- und rechtsaußen einen ungleich höheren Einfluß besitzen als in der Gesamtbewegung.

Viele der Alternativen Listen haben kaum mehr Einfluß auf die alternative Szene insgesamt als die traditionellen politischen Parteien. Während z. B. in den Großstädten Berlin und Hamburg über die Alternativen bzw. Bunte Liste auch K-Gruppen-Anhänger in die Bezirksparlamente einzogen, sind in den bundesweiten Parteizusammenschlüssen konservative Positionen stark repräsentiert.

## VI. Umfang, Potential der Alternativen Kultur, Zusammensetzung der Mitglieder

Nach all dem, was bisher zur Struktur der Alternativen Kultur gesagt wurde, ist ersichtlich, daß Zahlenangaben über Mitglieder nur sehr begrenzte Aussagekraft haben; Hinweise zu Herkunft und biographischen Merkmalen der Mitglieder finden sich vorwiegend in Einstellungsuntersuchungen, die eher den Grad alternativer Mentalität erfassen als den tatsächlichen Lebenszusammenhang.

Erste Anhaltspunkte ergeben sich aus einer neueren Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Krause, Lehner, Scherer) über das politische Verhalten der Studenten für den studentischen Bereich: Zieht man die Hauptkriterien der Alternativkultur heraus, so gehören rund 12% (in Frankfurt etwa 20%) der Studenten alternativen Kulturen an. Der Anteil derjenigen Studenten, die ihre alternative Lebensweise scharf von der von ihnen fast ausschließlich negativ bewerteten „Mehrheitskultur“ abgrenzten, betrug weniger als 5%. 80 bis 90% der Studenten tolerierten die alternativen Wertvorstellungen, wobei bei etwa der Hälfte der Studenten die soziokulturelle Integration in die „erste“ Kultur überwog, bei der anderen Hälfte waren bereits starke Affinitäten zur Alternativkultur vorhanden. Oltmanns zitiert in seinem Buch „Du hast keine Chance, aber nutze sie“ (Rowohlt, 1980) eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1978 unter 17- bis 23jährigen, die den Anteil jugendlicher Aussteiger mit 13 Prozent angibt.

Eine repräsentative Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Jugend der Bundesrepublik insgesamt kommt zu folgendem Ergebnis: „Dennoch lassen sich auf der anderen Seite gut 15 Prozent Jugendliche ausmachen, die nicht in das Modell der obrigkeitlichen Wohlfahrtsdemokratie passen, die sich auch nicht eingepaßt haben. Sie sind das Protestpotential unserer Tage. Diese Jugendlichen haben zur Demokratie in der Bundesrepublik, zur industriellen Leistungsgesellschaft und zu den herkömmlichen sozialen und wirtschaftlichen Wertorientierungen eine wesentlich kritischere Einstellung und lehnen das gesamte „System“ der Bundesrepublik mehr oder weniger ab. 15 Prozent, das sind immerhin 1,3 Millionen Jugendliche von 14 bis 21. Zugleich sind das allerdings jene, deren überdurchschnittliches Engagement sie in der Öffentlichkeit entsprechend deutlich in Erscheinung treten läßt.“

Diese Jugendlichen geben ein Bild der bundesrepublikanischen Jugend, das weitaus kritischer, unruhiger erscheint, als die Jugendlichen in ihrer Gesamtheit tatsächlich sind. Politisch neigen sie den Grünen und anderen „alternativen“ Parteigruppierungen zu. Ideologisch ordnen sie sich selbst vornehmlich extrem links bis links ein und sind überwiegend Schüler höherer Schulen oder Studenten an Hoch- und Fachhochschulen. Daß sie stark überproportional Kinder der Oberschicht und der oberen Mittelschicht sind, ist nur scheinbar ein Paradox. Ein „gesichertes Leben“, eine „gute Ehe“, „beruflicher Erfolg“ und „Sicherheit im Glauben“ sind ihnen vergleichsweise unwichtiger als den übrigen. Ihre Freizeit verbringen sie seltener als der Durchschnitt der Jugendlichen in Diskotheken und zu Hause, sehr viel häufiger dagegen in Freundeskreisen, wo auch mehr politisch diskutiert wird als anderswo.“

Die jüngste Shell-Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Dort

wurde die in Frage kommende Gruppe über zwei Teilgruppen erhoben, nämlich derjenigen, die in Zukunft nur so viel verdienen will, wie sie zum Leben braucht (7%), und derjenigen, die es wirtschaftlich nicht so weit bringen will wie ihre Eltern (6%, während es 1973 nur 3% waren). Auch hier kommt man schließlich auf ein Potential der Alternativkultur das für den repräsentativen Querschnitt bei etwa 10% liegt, bei Oberschülern und Studenten noch einige Prozentpunkte höher. Bei der Shell-Studie zeigte sich ein schwacher Trend, aber ein möglicherweise interessanter Hinweis auf Einstellungsänderungen der jüngsten in die Untersuchung einbezogenen Jahrgänge der 17- bis 19jährigen. Unter ihnen befinden sich mehr Befürworter eines gehobenen Lebensstandards (20%) und weniger Anhänger des einfachen Lebens (4%). Der Untersuchungsbericht fragt: „Kündigen die – schwachen – Abweichungen vom generellen Urteil eine neue Einstellung der heranwachsenden Generation an?“

In der Literatur erfolgen häufige Hinweise darauf, daß der „Kern“ der alternativen Kultur zwar zahlenmäßig klein, aber Gedankengut und Teile ihrer Lebenspraxis von einem sehr viel größeren Teil der Jugend aufgenommen wird. Dies gilt für die Studenten, wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, in hohem Umfange. Aber auch die Repräsentativerhebung für die gesamte Jugend der deutschen Shell zeigt, daß das Thema Umweltschutz vor der Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungsplatzmangel unangefochten vor allem bei der potentiellen Führungsschicht an der Spitze liegt. In der gleichen Studie identifizieren sich 21% mit der Aussage „der technische Fortschritt macht für mich das Leben immer lebenswerter“, während es bei der Aussage „ich fürchte, daß der technische Fortschritt unser Leben zerstört“ 35% waren.

Es mehren sich auch Vorbehalte und Kritik gegenüber der Aussagekraft und Wahrnehmungsfähigkeit konventioneller repräsentativer Erhebungen, besonders gegenüber neu aufkommenden sozialen Bewegungen und ihren Erscheinungsformen. Die Frage ist, ob die Erhebungsinstrumente nicht von vornherein durch ihre Fragestellung und das ihnen zugrunde liegende Kategoriensystem nur bestimmte vorweg angenommene Fragen erhellen und möglicherweise andererseits die Befragten ein erst im Entstehen befindliches Problembewußtsein und Lebensgefühl noch nicht hinreichend artikulieren können.

Elemente von Alternativmentalität finden sich im Bewußtsein breiter, vornehmlich jüngerer und besser gebildeter Bevölkerungskreise. Es gibt Hinweise auf eine Veränderung gesellschaftlicher Wertesysteme dahingehend, daß nicht mehr materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, sondern zunehmend der Lebensqualität („postacquisitive Values“) die oberste Priorität eingeräumt wird. Die Bedeutung von Arbeit in der gesellschaftlichen Wertehierarchie nimmt zugunsten des Wunsches nach Selbstverwirklichung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ab. Der Traum vom Ausstieg aus den beruflichen und familiären Zwängen des Alltags ist keineswegs auf den engeren Bereich der Alternativkultur beschränkt. Neben dem Wegtauchen in die Alternativszene gibt es eine Reihe weiterer Phänomene gesellschaftlichen Fluchtverhaltens; erinnert sei hier nur an die – nicht ohne das Einbringen eigener Sehnsüchte – geführte Diskussion um die „midlife crisis“, an z. B. die Vorliebe des Städters, Urlaub und Freizeit in möglichst unberührter Natur zu verbringen, sowie der Wandel auf dem Büchermarkt, wo die Literatur der „Neuen Innerlichkeit“ im Verhältnis zu den politisch-aufklärenden gesellschaftswissenschaftlichen Sachbüchern an Bedeutung gewonnen hat.

Die im überwiegenden Teil der „Mehrheitskultur“ anzutreffende Toleranz und Offenheit gegenüber den Realisierungsversuchen alternativer Lebensweisen dürfte wesentlich auf die Betroffenheit

großer Teile der Bevölkerung von Problemen zurückzuführen sein, die von der Bewegung zu zentralen Themen gemacht wurden, so z. B. der zunehmenden Unwirtlichkeit unserer Städte, dem Zerfall des gesellschaftlichen Fortschrittsglaubens oder der geringen Möglichkeit zu persönlicher Selbstverwirklichung. Die Frage, ob es sich bei denjenigen, die ganz in der alternativen Szene leben, vorwiegend um Studenten und Oberschüler handelt, kann nach den vorliegenden Ergebnissen nicht abschließend beantwortet werden.

Kenner der Szene weisen hin auf eine mehrheitliche Vertretung von Jugendlichen mit höherem Bildungsgrad: Oberschüler, Studenten, Studienabbrecher, aber auch auf jugendliche Arbeitslose, Jugendliche mit Drogenerfahrung und Trebegänger, die in der Szene engagiert sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch insgesamt der Anteil der Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung sehr zugenommen hat, von 7,3% im Jahre 1960 auf etwa 25,1% heute. Nach der oben zitierten Studie von Krause, Lehner, Scherer sind in der Alternativkultur Studenten

- aus den traditionellen Mittelschichten stark überrepräsentiert,
- aus der Arbeiterklasse und aus dem Großbürgertum deutlich unterrepräsentiert,
- aus selbständigen Akademikerfamilien fast nie anzutreffen.

Die Studie deutet weiter darauf hin, daß Defizite in der Herkunftsfamilie eine Orientierung an alternativkulturellen Werten begünstigen. Ein Drittel der Angehörigen der Alternativkultur charakterisiert sein Elternhaus als äußerst konfliktträchtig und bei 45,4% (!) der Alternativen kam es zum Bruch mit dem Elternhaus. Dabei sind die Konflikte im Elternhaus nicht dadurch gekennzeichnet, daß die Eltern einen besonders autoritären Erziehungsstil pflegten. Vielmehr liegt die Konflikursache eher darin, daß sich das Elternhaus den Kindern als Orientierungsgröße „vor allem im Sinne konfliktorisches Aufarbeiten“ entzog. Angehörige der Alternativkultur halten auch zur Schule konfliktreichere und problematischere Beziehungen.

Die moralisch-ethische Haltung spielte neben der Vertretung politischer Meinungen eine zentrale Rolle in den Konflikten mit Elternhaus und Schule. Im gleichen Maße wie der Einfluß des Elternhauses abnahm, wuchs der Einfluß einer jugendlichen „Gegenkultur“ in Peer-groups einschließlich der Drogenszene.

## VII. Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Das Phänomen „Gewalt“ tritt zwar auch bei gewissen Gruppen der alternativen Kultur auf, obwohl viele Tendenzen der alternativen Kultur eher gegen Gewaltanwendung gerichtet sind. Es gibt aber Gewalt unter Jugendlichen in vielfältiger Weise, die keinen Bezug zur alternativen Kultur oder kaum einen solchen Bezug hat, wie etwa bei wöchentlichen Auseinandersetzungen im Fußballstadion, bei Punks, rechtsradikalen Stoßtrupps, oder auch Formen der Selbstaggression, die unter „drop outs“ regelrecht kultiviert werden.

Im Unterschied zur 68er Generation, die von der Hoffnung auf umwälzende gesellschaftliche Erneuerungen getragen war, steht den Jugendlichen heute eher „das Wasser bis zum Hals“, sie sehen ihre Lebensgrundlagen, Umwelt, Arbeit, Wohnen bedroht. Das Vertrauen in den Staat, er könne diese Krise bewältigen, ist gering. Der „Marsch durch die Institutionen“, das ist denen, die das Scheitern der 68er in den Anfängen ihres Studiums miterlebt haben, noch lebendig im Bewußtsein, ist fehlgeschlagen. So setzt die alternative Bewegung ganz auf den eigenen Vollzug des neuen Lebens, und wo dies angegriffen und gefährdet wird, wehrt man sich mit vereinten Kräften. Auf dem Hintergrund der subjektiv empfundenen Lebensbedrohung wird ein Teil der Hef-

tigkeit und oft irrational scheinenden Formen der jugendlichen Auseinandersetzung verständlich.

Die Mehrzahl der „Aussteiger“ in der Alternativkultur hat zunächst versucht, sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Abwendung von der Gesellschaft geschah auf langen Wegen, für die Ohnmachtserfahrung hinsichtlich der Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Einflußnahme prägend waren. Nach langen Mißerfolgserlebnissen (in der Jugendarbeit z. B. beim Einsatz für ein Jugendzentrum) kam es dann zu einem Punkt der Überzeugung, daß man mit dem Staat nicht reden und verhandeln könne („ich mache keine Kompromisse mehr“). Dabei wurden teils der Inhalt der großen und kommunalen Politik, teils das Verhalten der Administration oder der Politiker, teils beides als destruktiv angesehen. Diese Einschätzung dürfte weit über die alternative Szene hinaus und auch bis zu Bürgern der älteren Generation reichen.

Nach der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wird Gewalt in der Politik von 10% der jungen Menschen bejaht. Es ist aber fraglich, ob die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Anhängern der Alternativkultur überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. In der Alternativkultur gibt es eine starke Tendenz zur Abkehr von Gewalt zugunsten einer alternativen Ghettobildung.

Wenn die Gewaltbereitschaft verstärkt im Zusammenhang mit den *Hausbesetzern* diskutiert wird, so ist zu unterscheiden: nicht alle Hausbesetzer kommen aus der Alternativkultur. In Berlin werden bei den Hausbesetzern vier Gruppen unterschieden:

1. Die stadtpolitische Fraktion, die wesentlich aus städteplanerischen und aus sozialpädagogischen Gesichtspunkten heraus handelt und vor allem aus Anhängern von Bürgerinitiativen – mit einem starken Anteil von Architekturstudenten – besteht,
2. die Anhänger der Anarchoszene (Slogan „legal – illegal – scheißegal“),
3. die existenziellen Hausbesetzer aus dem Stamm der 1000 bis 1500 (mit Drogenabhängigen vielleicht auch 3000) jungen Trebegänger und Wohnungslosen,
4. modische Hausbesetzer, größtenteils Schüler, Studenten und Angehörige der sozialpädagogischen Berufe, die am Image der Hausbesetzungen partizipieren wollen.

In der zweiten und dritten Gruppe gibt es ein erhebliches irrationales Gewaltpotential, staatliche Stellen können mit diesen Gruppen kaum ins Gespräch kommen. Zwischen den Gruppen 1 bis 3 gibt es kaum Verbindungen. Gleichwohl genießen alle Gruppen die Solidarität der Szene, die sich bei Polizeieinsätzen sofort durch eine große Zahl von mit telefonischen Kettenanrufen herbeigerufenen Helfern mobilisieren läßt. Die Abwehr „struktureller Gewalt des Staates“ eint die Szene insgesamt. Dabei muß gesehen werden, daß das „Sichdurchsetzen gegenüber dem Staat“ bzw. das „jedenfalls nicht kampfflos Begeben“ im Hinblick auf die geschilderten politisch-gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen bei früheren Einflußnahmeversuchen (zuweilen wird es als Markierungspunkt in der Herausbildung einer eigenen Identität erlebt) subjektiv einen hohen Stellenwert hat. Die Szene reagiert außerordentlich sensibel (ob dies nun in der Logik ihrer eigenen Grundauffassungen liegt oder nicht) auf Reaktionen des Staates, die als übermäßig empfunden werden (z. B. Strafmaß gegenüber Demonstranten, der Gewalt angewendet hat, in Relation zu Wirtschaftsverbrechen, zur Gewaltanwendung sonst – z. B. Zusammenschlagen eines Jugendzentrums durch Rechtsradikale). Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt eine härtere Haltung des Staates in der Tendenz dahin, daß die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt in der Szene steigt und daß die Gewaltschwelle sinkt (Nürnberg!).

Ausländer haben sich bisher an der Anwendung von Gewalt (einschließlich Hausbesetzungen) kaum beteiligt. Maßgebend dafür

ist die Befürchtung, bei einer solchen Beteiligung nach dem geltenden Ausländerrecht abgeschoben zu werden. Der Problemdruck für Ausländer ist besonders auf dem Wohnungsmarkt und für ausländische Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt sehr groß. Die Entwicklung in Zukunft – vor allem das Verhalten der 2. und 3. Ausländergeneration – ist schwer abschätzbar. Mit ausländischen Jugendlichen befaßte Sozialarbeiter, Pädagogen weisen darauf hin, daß unter diesen die Aussichtslosigkeit und unterschweligen Aggressionen sehr stark und Kompensationsmöglichkeiten kaum vorhanden sind.

Subjektive Erfahrungen und Einsichten, daß die angesonnenen Verhaltensformen der industriellen Gesellschaft zunehmend emotional-seelische Verkrüppelungen bewirkten und daß die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft zunehmend in die ökologische, soziale und ökonomische Katastrophe führten, lassen ein Anwachsen von Gewaltbereitschaft und ursprünglich anarchischem Verhalten einer Teilgruppe junger Menschen befürchten.

### VIII. Mögliche Folgerungen für die Politik

Für politische Folgerungen erscheint folgendes wichtig:

1. Die Kritik der Aussteiger richtet sich nicht gegen abstrakte Grundwertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft – persönliche Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit. Die Aussteiger werfen der Mehrheitsgesellschaft vielmehr vor, daß sie diese Grundwerte gar nicht verwirklichen wolle und eine ihnen entgegengerichtete Politik betreibe. Auf ihre Fragen haben oft auch die Vermittler staatlicher Politik, Praktiker der Jugendbildung, Sozialarbeiter etc. keine Antwort. Grundsätzlich geht es um die Frage, ob eine klarere Orientierung der großen Politik wie der Kommunalpolitik an diesen Grundwerten möglich ist, ob diese Orientierung glaubhafter vermittelt werden kann und ob tatsächlich entgegengesetzte Sachzwänge ihrerseits glaubhaft gemacht werden können. Damit ist auch die „politische Sozialisation“ junger Menschen angesprochen, die Frage, wie abstrakt, vielleicht naiv sie an manchen Stellen verläuft, und ob sie genügend Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge, internationale Verflechtungen vermittelt, ob sie zu historischem Denken und Vergleichen anregt.
2. Das politische Verhalten der jungen Generation ist weithin durch Ohnmachtserfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten politischer Einflußnahme bestimmt. Es sollte – vor allem in politischen Parteien und ihren Gliederungen und in der Kommunalpolitik dafür Sorge getragen werden, daß der Prozeß der politischen Willensbildung von unten nach oben neu belebt und transparenter gemacht wird. Politische Verantwortung darf nicht hinter tatsächlichen oder vermeintlichen Sachzwängen verborgen werden. – Der Ansatzpunkt liegt sicher darin, die Wechselbeziehungen zwischen großer und kleinräumiger Politik deutlicher zu machen.
3. Nicht nur der Inhalt der Politik, sondern auch die Art und Weise, wie viele Politiker und wie ein großer Teil der Administration mit dem Bürger umgehen, wird häufig als destruktiv empfunden. Jugendliche sehen dies so, daß Politiker und Verwaltung ihnen fertige Lösungen und vorschnelle Erklärungsmuster präsentieren, die nicht auf ihre konkreten Probleme eingehen und zum Teil Antworten auf Probleme von gestern enthalten. Um die Kluft zwischen Spitzenpolitikern und politischer Basis, zwischen Politik und gesellschaftlichem Leben zu überbrücken, sollten Gespräche geführt, Dialogformen gesucht werden, deren Ergebnisse sich in der praktischen Politik auch sichtbar niederschlagen.
4. Die Dichte staatlicher Regelungen sollte vermindert, Zwänge und Bürokratie abgebaut werden, ohne daß der soziale Schutz geringer wird. In der Verwaltung sollten Letztentscheidungen

weniger unter juristischen und sicherheitspolitischen Aspekten gefällt werden, sondern mit Blick auf eine langfristig menschliche Gestaltung der Lebenswelt des Bürgers. Mehr Raum für individuelles, persönliches, freies und spontanes Handeln verlangt auf Seite der Verantwortlichen Mut zum Risiko, in der Jugendpolitik Persönlichkeiten, die auch Fehlschläge in Kauf nehmen, offensiven Modellen den Rücken stärken und sie verantworten.

5. Das Bild von der Gesellschaft der Zukunft richtet sich leicht auf eine Gesellschaft mit einheitlichen Wertmaßstäben und Verhaltensweisen, die sich vor allem im Einklang mit der technologischen Entwicklung befindet. Realistisch ist eher, daß es auch in Zukunft neben der Mehrheitskultur auch Minderheitskulturen geben wird – wie es in der Regel in der Vergangenheit war –, die zum Teil im bewußten Gegensatz zur Mehrheitskultur stehen und stehen wollen. Solche Minderheitskulturen werden für die Bundesrepublik außer der alternativen Kultur auch die Kulturen der ausländischen Arbeitnehmer sein. Die Fähigkeit zum Umgang mit solchen Minderheitskulturen muß entwickelt werden.

6. Wenn die alternative Kultur menschliche Bedürfnisse innerhalb eines integralen Lebenszusammenhangs möglichst umfassend und in spezifischer Ausprägung befriedigen will, knüpft sie damit an Traditionen sowohl des kirchlichen Bereiches als auch zum Beispiel der Arbeiterbewegung an (Selbsthilfeorganisationen in den Bereichen Bildung und Kultur, Sport, Nachbarschaftshilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfe bei der Wohnungsvermittlung, beim Hausbau usw.). Auch von den früheren gesellschaftlichen Organisationen hat sich ein Teil (z. B. die der Arbeiterbewegung mindestens in der Zeit vor der Weimarer Republik) in bewußtem auch politischen Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft entwickelt. Für religiöse und nationale Minderheiten galt Ähnliches. Möglicherweise sollten sich Kirchen, politische Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte auf unterschiedliche Lebensweise von Teilen der Bevölkerung wiederum stärker einstellen.

7. Der Tendenz zu großräumigen Strukturen sollte entgegen gewirkt werden. Politik und Verwaltung sollten sich stärker kleinräumig orientieren und Gleichförmigkeit vermeiden. Treffpunkte, die nicht nur funktional sind, sondern auch eine emotionale Ausstrahlung haben, Raum zur Selbstgestaltung lassen, sollten geschaffen bzw. dort, wo sie entstanden sind, unterstützt werden. In diesem Sinne sollten die Kommunen kreative Ansätze der alternativen Kultur fördern, ihre Andersartigkeit tolerieren und den Jugendlichen so eine Integration in das Gemeindeleben anbieten.

8. Faktoren, die die Jugendprobleme auslösen oder verstärken, sollten kritisch beleuchtet werden. Nötig wären eine menschlichere Schule, besserer Berufsübergang, Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die beiden letzteren Punkte haben in den aktuellen Unruhen eine sehr große Bedeutung, ihre Lösung sollte mit allen Kräften weiterverfolgt werden.

9. Die Hilfen für die Familie sollten verstärkt werden. Es kommt vor allem darauf an, daß Eltern bereit und fähig sind, persönlich auf die Probleme ihrer Kinder einzugehen, sich ihnen als Partner auch in Auseinandersetzungen zu stellen und in Krisen Orientierung anzubieten.

10. Kinder und Jugendliche sollten den nötigen Freiraum erhalten, ihre emotionalen Bedürfnisse in Familie, Schule, Beruf und Freizeit auszuleben, mit anderen weiterzuentwickeln. Dort, wo sie in Eigeninitiative ihren Lebensraum versuchen zu gestalten, ihr Zentrum selbst verwalten, sollten sie Fehler machen dürfen, sollten nicht Effizienz und reibungsloser Ablauf das oberste Beurteilungskriterium sein. Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitarbeit sollten den Jugendlichen in ihrem Alltag geboten werden.